

## FATALE ENTSCHEIDUNG

Mit 26 zu 21 Stimmen wurde die Schließung der Sparten Musiktheater und Tanz am Volkstheater beschlossen. Grundlage war ein durch CDU, SPD und Grüne eingebrachter Antrag, der zuvor mit Minister Brodkorb und OB Methling in mehreren Klüngelrunden verhandelt wurde. Unter dem Deckmantel, man wolle mit anderen Theatern kooperieren, wird in den nächsten Jahren massiv Personal abgebaut und das Angebot des Hauses eingestanzelt. Während der Oberbürgermeister deutlich machte, dass es sich tatsächlich um eine Schließung mit Stellenabbau handelt, ergingen sich Grüne und SPD in langen Reden über die „Chancen“, die sich aus einem „Kooperationsmodell“ ergäben. Vermutlich haben sie teilweise gar nicht begriffen, dass der Rest aus Orchester und Schauspiel nicht überlebensfähig ist. Denn auch auf die warnenden Argumente der Geschäftsführung des Theaters wurde gar nicht eingegangen. Die erheblichen

Risiken und Unstimmigkeiten wurden völlig ignoriert. Stattdessen feierten die Sozialdemokraten die Rückkehr zum Flächentarif - der kein echter ist und 81 Arbeitsplätze kostet - und beschwichtigten, betriebsbedingte Kündigungen sei-

werden müsse. Immer wieder wurde in der Debatte betont, man wolle nach 20 Jahren Dauerdiskussion um das Theater endlich „Ruhe“ haben und das Haus „zukunftssicher“ aufstellen. Dass das vorgelegte Konzept dazu überhaupt nicht

geeignet ist, wurde ausgeblendet. Blindwütig haben die besagten politischen Kräfte die Zersetzung des Volkstheaters eingeläutet. Wir werden nun gemeinsam mit der Bürgerinitiative Volkstheater über ein Bürgerbegehren sprechen. Vermutlich kann man die Mehrheiten in der Bürgerschaft nicht mehr kippen, aber der politische Druck auf die Theatergegner darf



nicht abreißen. Liebe Genossinnen und Genossen, bitte besucht weiterhin die Vorstellungen unseres Volkstheaters! Jetzt erst recht!

*Eva-Maria Kröger*

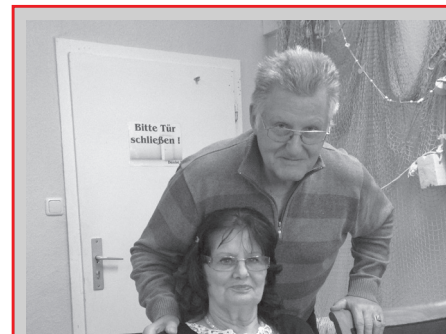
en grundsätzlich ausgeschlossen. Man werde den Mitarbeitern ein anderes Arbeitsangebot außerhalb des Theaters machen, so die SPD. Roland Methling hingegen verdeutlichte, dass bereits 2017 ein massiver Personalabbau umgesetzt



Was sagt die Rotfeder zum Kahlschlag am Volkstheater?  
Mehr dazu auf Seite 3



Geht Inklusion uns alle an?  
Mehr dazu auf Seite 6



Dorothee Barndt lädt zu einer weiteren Benefizveranstaltung ein  
Mehr dazu auf Seite 16

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Mietpreisbremse

Seite 3: Volkstheater

Seite 4-5: PEGIDA & Co.

Seite 6: Inklusion

Seite 7: Kampagne gg. Armut

Seite 8-9: Hamburg-Wahl

Seite 10: Courage-Preis 2015

Seite 11: Woche der Zukunft

Seite 12-13: Kurt Kaiser

Seite 14: Der Islamische Staat

Seite 15: Veranstaltungen

Seite 16: Dorothee Barndt

Rostocker LINKE und Theaterfreunde stehen noch unter Schock, nachdem die Bürgerschaft harte Einschnitte am Volkstheater beschlossen hat. Eva hat in ihrem Beitrag auf Seite 1 sachlich die Folgen für das Theater und seine Beschäftigten dargestellt. Es gebe noch viel mehr zu sagen, zum Beispiel über den Verfall der politischen Sitten in Rostock – aber auf das Niveau unserer politischen Konkurrenz wollen wir uns nicht herablassen. Es wäre ein weiter Abstieg.

Nach Redaktionsschluss marschierten PEGIDA-Anhänger durch Rostock und stießen (hoffentlich) auf den heftigen Widerstand der Rostockerinnen und Rostocker. Wir haben auf den Seiten 4 und 5 die Argumente unserer Partei gegen PEGIDA und ihre hässliche Zwillingschwester AfD zusammengefasst. In diesem Kontext ist der Hinweis angebracht, dass der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus näher rückt. Im April erscheint eine kleine Broschüre über die ersten Monate in Rostock nach der

Befreiung. Unsere Leser in Rostock und Umgebung erhalten sie kostenlos gemeinsam mit der Aprilausgabe des KLARTEXT. In der gleichen Ausgabe werden wir auch über den neuen Gedenkort für die Opfer des Faschismus auf dem Neuen Friedhof informieren.

Viele weitere interessante Artikel findet Ihr in dieser Märzausgabe. Wir danken den Autoren für ihren wichtigen Beitrag zur politischen Bildung unserer Leserinnen und Leser.

Auf der letzten Seite lest bitte den Hinweis auf die Benefizveranstaltung im Rathaus. Unsere Genossin Dorothee Barndt hat ein attraktives Programm zusammengestellt – da lohnt sich der Besuch auf jeden Fall!

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

zen diese bestmöglich. Einige stellen ihre Ferienwohnungen zur Verfügung, spenden Kleidung oder Möbel, Vereine bieten kostenfreie Mitgliedschaften an u.s.w.

Wichtig ist, dass bei der Aufnahme und Unterbringung die Kommunen frühzeitig informiert und eingebunden werden. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit sollen die Kommunen mit den Landkreisen zusammenarbeiten, um eine umfassende und kontinuierliche Information der Bevölkerung zu ermöglichen und somit die Willkommenskultur zu stärken.

Allerdings darf es keine dubiosen Geschäfte mit der Not von Flüchtlingen geben.

*Dr. Hikmat al-Sabty  
Mitglied des Landtages*



## **DIE LINKE in der Rostocker Bürgerschaft zur Mietpreisbremse: Auch vor der eigenen Haustür kehren!**

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert eine Mietpreisbremse bei Bestands- und Wiedervermietungen. Der Antrag zielt darauf ab, in ausgewählten Stadtteilen Mietbegrenzungen bei Bestandsmieten und später auch bei Wiedervermietung zu erreichen. Dazu erklärt Eva-Maria Kröger, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft: „Dieser Antrag weist in die richtige Richtung und wir unterstützen das Vorhaben. Uns ist wichtig, dass die jetzigen Bewohner nicht verdrängt werden, weil sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Sozialpolitische Aufgabe der Stadt muss es sein, Mieter zu schützen, damit sie in ihrem sozialen Umfeld verbleiben können.“, so Kröger.

„Allerdings sollte man kritisieren, dass CDU und SPD auf Landesebene entsprechende Anträge von Grünen und LINKEN abgelehnt haben. Wir könnten längst eine Kappungsgrenze und eine flächendeckende Mietpreisbremse haben. Die Rostocker SPD sollte deshalb neben ihrem Antrag auch dazu beitragen, die eigene Landesregierung umzustimmen.“

Bisher halten die Landesregierung und die Regierungsfractionen eine Länderverordnung für entbehrlich, weil die Mieten nur in einem kleinen Teil des Landes, wie etwa in Rostock, Greifswald und in den Ostseebädern steigen. „Vorsorglich nutzen vor allem private Vermieter das Gezerre um den Gesetzentwurf, um bei einem Mieterwechsel die Mieten zu erhöhen. Davon betroffen sind vor allem Mieter in Rostock.“, so Kröger.

DIE LINKE in der Bürgerschaft diskutiert zudem über eine Erweiterung des SPD-Antrags, um auch kommunale Möglichkeiten auszuschöpfen. „Wir sollten über eine generelle Begrenzung reden. Man könnte mit der WIRO vereinbaren, dass innerhalb von vier Jahren die Miete maximal 15 Prozent angehoben werden darf.“ (Bisher kann die WIRO innerhalb von drei Jahren die Miete bis zu 20 Prozent erhöhen.)

Das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ sieht vor, dass die landeseigenen Unternehmen die Mieten weniger stark anheben als dies private Vermieterinnen und Vermieter dürfen. Die WIRO sollte Vorbild sein und sich am Mietanstieg in Rostock nicht beteiligen, zumal dies auch Auswirkungen auf das Mietspiegelniveau hätte.

# KLARTEXT online

## **Willkommenskultur leben!**

Wir diskutieren seit Jahren über die Unterbringungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen im Land. In Mecklenburg-Vorpommern leben derzeit 45.363 AusländerInnen, das sind gerade einmal 2,4% der Gesamtbevölkerung. Dabei leben derzeit in 22 Gemeinschaftsunterkünften 3.550 AsylbewerberInnen und weitere 2000 Flüchtlinge in dezentralen Unterbringungen.

Ich möchte auch angesichts der absurden Polemik der PEGIDA-Initiative klarstellen, dass wir weit davon entfernt sind, eine angebliche Überfremdung durch AusländerInnen zu erfahren.

Die Welt steht Kopf, wir werden in den Medien mit Chaos und Krieg konfrontiert.

Die Menschen aus Syrien fliehen aus ihrem Land, in dem sie sich früher sicher und wohl gefühlt haben. Jetzt sind sie Folter, Demütigung und Mord ausgesetzt. Sie flüchten also nicht grundlos, sondern sie brauchen unsere Hilfe. Mein Respekt und meine Anerkennung gilt allen UnterstützerInnen. Liebe Freunde, macht weiter so! In M-V setzen sich Kommunen und Gemeinden für die Flüchtlinge ein und unterstüt-



# Rotfeder und die Geizigen

Als kleines feuchtes Schuppentier beneide ich euch Menschen um eure Kunst. Gute Künstler machen den Zeitgeist deutlicher als Journalisten, sogar noch deutlicher als Wissenschaftler. Gute Theaterleute erspüren was zwischen euch Menschen los ist und bringen es auf dem Punkt.

So hat vor 350 Jahren Molière erkannt, dass die bürgerliche Gesellschaft begonnen hatte, alles Streben auf das Anhäufen von Geld zu reduzieren. Geld wurde nicht mehr vorrangig benutzt, um die menschlichen Möglichkeiten zu entwickeln, sondern um noch mehr Geld zu verdienen. Alle menschlichen Beziehungen wurden zu Geldbeziehungen umgewandelt.

Die Hauptperson in seinem Stück „Der Geizige“ ist Harpagon, ein reicher, misstrauischer Geizkragen der förmlich von seinem Geld und Geiz besessen ist. Er hat jeden Sinn für die Freuden des Lebens verloren. Damit ihm auch seine beiden Kinder keine weiteren Kosten verursachen, plant er sie möglichst reich zu verheiraten. Er will sie geradezu an den Meistbietenden verhöckern und - um es auf die Spitze zu treiben - beabsichtigt

er auch noch die Frau zu heiraten, die er seinem Sohn verwehrt, weil er die Mitgift einsparen will.



*Eva erläutert den Genoss\*innen des Stadtteilverbandes Mitte die Theaterreform*

Inzwischen habt ihr Menschen erlebt wohin diese ausschließliche Orientierung auf das Geld die kapitalistische Gesellschaft gebracht hat. Geiz ist nicht mehr lächerlich sondern salonfähig geworden. Und das ist an eurem Volkstheater zu sehen: Die heutigen Theaterleute haben mit der geizigen Inszenierung des Molière-Stücks den Kreis geschlossen und bringen den Geiz ins

Theater, zeigen wohin er führt. Die Theatersessel sind mit Schonbezügen bedeckt, die die Zuschauer bitte schön schonen sollen. Die ganze erste Reihe ist dem Geiz zum Opfer gefallen. Es gibt keine Saalbeleuchtung, nur einen einzigen Scheinwerfer. Natürlich ist auch das Bühnenbild eingespart, ebenso wie das Foto auf dem Programmzettel. Harpagon behauptet sogar vor der Pause, dass eine ganze wichtige Szene weggespart worden sei, weil ja woanders sogar ganze Theater oder Sparten eingespart werden.

Den Wert eines Theaters kann nur ermessen, wer auch hingeht. Wer nicht ins Theater geht, weiß vielleicht gar nicht einmal, was ihm fehlt und merkt nicht, wie der Geiz die Welt immer ärmer macht.

Das vermutet eure Rotfeder



## Gegen die Gerichtsstrukturreform



### Pressemitteilung: Reaktionen von CDU und SPD enttäuschen

Nach der Bekanntgabe des erfolgreichen Volksbegehrens gegen die Gerichtsstrukturreform zeigen CDU und SPD keinerlei Einsicht. Über 120.000 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben sich gegen Einschnitte in der Justiz ausgesprochen. Trotzdem halten die Koalitionsfraktionen an dem Vorhaben fest und lehnen weiterhin eine Aussetzung des Vollzugs der Reform bis zum Volksentscheid ab. Zum erfolgreichen Volksbegehren gegen

die Gerichtsstrukturreform erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter: „Das erste erfolgreiche Volksbegehren ist ein historischer Meilenstein in Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem zeigt es aber den Unmut der Bevölkerung über die nicht durchdachte und konzeptionslose Strukturpolitik von SPD und CDU. Es ist ein Volksbegehren, das sich gegen ein Reformvorhaben der Großen Koalition richtet, weil die Menschen Angst haben, in der Fläche immer mehr allein gelassen zu werden. Wir erwarten, dass SPD und CDU ihre Politik nach Gutsherrenart überdenken und einen so deutlichen Willen der Bevölkerung respektieren, ernst nehmen und die Reform erst einmal stoppen. Wenn weiter Tatsachen geschaffen werden, wird das die Bürgerinnen und Bürger teuer zu stehen kommen.“

Die Vorsitzende des Landesverbandes der

LINKEN. MV, Heidrun Bluhm erklärt hierzu: „CDU und SPD haben den Schuss nicht gehört. Anstatt diese direktdemokratische Entscheidung ernst zu nehmen, wird die Gerichtsstrukturreform weiter durchgepeitscht. Die Menschen in unserem Land sind es leid unter dem Deckmantel einer Reform Einschnitte bei Polizei, Theatern oder eben den Gerichten hinnehmen zu müssen. Damit beweisen beide Parteien einmal mehr, dass sie sich von der Lebenswirklichkeit der Mecklenburger und Vorpommern meilenweit entfernt haben. Doch ich bin zuversichtlich, dass Richterbund und der Verein PRO JUSTIZ auch die nächste Hürde, den Volksentscheid nehmen werden. DIE LINKE wird sie auch weiterhin tatkräftig unterstützen.“



# PEGIDA, AfD & Co. - Herausforderungen für die LINKE

*Auch wenn die PEGIDA-Demonstrationen ihren Zenit weit überschritten haben, gibt es keinen Grund zur Entwarnung, denn das dumpfe rechte Gedankengut in den Köpfen vieler Menschen löst sich nicht in Luft auf. Auch die AfD festigt ihre Position im Parteiensystem. Welche Ursachen liegen dem Erstarken des Rechtspopulismus zugrunde, und wie wollen wir als LINKE dieser Herausforderung begegnen? Dazu hat der Parteivorstand Beschlüsse gefasst, die wir im Folgenden auszugsweise wiedergeben.*

Der Zulauf zu Pegida ist zum einen Ausdruck eines auch in der Mitte der Gesellschaft tief sitzenden Rassismus, zum anderen einer inneren Kündigung eines Teils der Gesellschaft gegenüber dem politischen System. Einigen geht es sogar um eine klare Ablehnung demokratischer und parlamentarischer Prinzipien. Zwar ist es der gesellschaftlichen Rechten auch aufgrund der zahlreichen Gegendemonstrationen nicht gelungen, außerhalb von Sachsen größere Pegida-Demonstrationen zu etablieren. Jedoch ordnen sich die wöchentlichen Dresdner Demonstrationen ein in eine bundesweite, ja europaweite Tendenz: dem erstarkenden Rechtspopulismus sowie einem Kulturkampf von rechts. Sozialen und politischen Errungenschaften, wie der Überzeugung, dass alle Menschen gleich sind und das unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung, wird von AfD, Pegida und anderen rechtspopulistischen Organisationen der Kampf angesagt.

**Gegen Rassismus, gegen Rechtspopulismus sowie gegen die Angriffe auf die Gleichheit aller Menschen gilt es Flagge zu zeigen. Hier gibt es für uns als DIE LINKE keine Zweideutigkeit. Im Umgang mit rechten Demonstrationen entwickeln wir kein pädagogisches Verhältnis, sondern wir demonstrieren dagegen und zeigen klare Kante gegen Rassismus.**

Die Pegida-Organisatoren treten auf mit dem Gestus „Das muss man ja mal sagen dürfen!“. Als ob so viel Mut dazu gehören würde, rassistische Ressentiments zu bedienen. Wer nach unten tritt, wie Pegida, ist nicht mutig, sondern feige. Mutig wäre es, eine Politik anzugreifen, die mit Waffenexporten, Stellvertreterkriegen und der weltweiten, brutalen Ausbeutung von Menschen und Ressourcen jenes Elend produ-

ziert, das die Menschen zu Flüchtlingen macht.



Wer etwas tun will, gegen die zunehmende Altersarmut, der ist herzlich willkommen. Wer beraten möchte, was getan werden kann, um zu verdeutlichen, dass es Frieden in Europa nur mit aber nicht gegen Russland geben wird, der ist ebenfalls herzlich willkommen. Wer jedoch, wie die Organisatoren von Pegida, Rassismus verbreitet und gegen Flüchtlinge hetzt, mit dem kann es keine Basis für einen Dialog geben. Zum Glück gibt es in der Zivilgesellschaft viele Menschen, darunter viele Mitglieder unserer Partei, die bereits konkrete Initiativen im Sinne einer gelebten Willkommenskultur für Flüchtlinge ergriffen haben, sei es durch das Begrüßen am Ankunftstag, das Organisieren von Begegnungen, Schulunterricht und Kinderbetreuung, Sportmöglichkeiten, Begleitung bei Ämtergängen oder die Unterstützung selbstorganisierter Initiativen von Flüchtlingen und Migranten. Dennoch wissen wir aus der Geschichte, dass kapitalistische Gesellschaften gerade in Krisenzeiten Abstiegsängste und autoritäre Verhaltensweisen hervorbringen. Diese werden in rassistischen, nationalistischen und anti-demokratischen Diskursen verstärkt. Seit Jahrzehnten nimmt die soziale Spaltung in unserem Land zu. In Folge der Kürzung der gesetzlichen Rente und der Ausweitung eines Niedriglohnssektors sind immer mehr Menschen von Altersarmut bedroht. Existenzangst greift – auch im Zuge des Hartz-IV Sanktionssystems – um sich. In den Kommunen kristallisieren sich die Probleme der Umverteilung von unten nach oben: Verteilungskämpfe nehmen zu, der Demokratie vor Ort werden zunehmend die materiellen Grundlagen entzogen.

Die Agenda 2010 und weitere Einschränkungen sozialer Rechte wurden auch durchgesetzt, indem verschiedene Gruppen der unteren und mittleren Schichten gegeneinander ausgespielt wurden. Diese politisch gewollte soziale Spaltung und die entstehende Entsolidarisierung in der Gesellschaft bilden den Humus, auf dem sich autoritäre Einstellungen ausbreiten können. Wo Existenzangst zunimmt, brutalisiert sich das gesellschaftliche Klima. In solch einer Stimmung haben es Mitmenschlichkeit und Demokratie schwer.

Dafür tragen viele Verantwortung, z.B. die Bundesregierungen der verschiedensten Couleur, von rot-grün über schwarz-gelb bis hin zu schwarz-rot. Ganz sicher nicht verantwortlich für diese unsoziale Entwicklung sind jedoch Flüchtlinge und Muslime, die in Deutschland eine Minderheit bilden. Der Hass, den Pegida sät, der trifft aber zuallererst Muslime, Migranten und Flüchtlinge, die inzwischen Montagsabend in Dresden zunehmend Angst haben, aus dem Haus zu gehen.

Seit dem Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ wird das Feindbild Islam in Leitmedien und von Politikern hochgezogen, um den Abbau von Bürgerrechten durch Überwachungsgesetze zu rechtfertigen. Zudem dient es einigen, um Kriegseinsätze in mehrheitlich von Muslimen bewohnten Ländern wie Afghanistan, Irak und anderswo zu rechtfertigen. An dieser geschürten Stimmung können Rassisten wie die Organisatoren von PEGIDA anknüpfen.

Unsere spezifische Aufgabe als DIE LINKE besteht darin, die Ungerechtigkeiten in diesem Land von links zu thematisieren – die Grenze verläuft nicht zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen, nicht zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, sondern zwischen oben und unten. Wir müssen Ansprechpartnerin und Motor für sozialen Protest sein, damit soziale Ängste nicht von Pegida von rechts besetzt und damit reaktionär gewendet werden.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bietet für die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die vielfältigen Probleme einer modernen und pluralen Gesellschaft keine Alternative. Stattdessen propagiert

sie die Verschärfung von Austeritätspolitik, Neoliberalismus, Ausgrenzung sowie anti-egalitären und rückwärtsgewandten Vorstellungen der Gesellschaft. Ihre Vorschläge fördern die Entpolitisierung der Bevölkerung und die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Ressentiments und Vorurteile werden von ihr bedient und gezielt mobilisiert, um Menschen in schwieriger sozialer Lage oder mit Lebensvorstellungen, die nicht denen der AfD entsprechen, zu stigmatisieren und auszugrenzen. Die Politik der AfD ist vor allem auf Ausgrenzung gerichtet, somit durch und durch anti-egalitär und anti-liberal. Sie ist marktradikal, sozialstaats- und gewerkschaftsfeindlich, homophob und antifeministisch. Zusammenleben gibt es für sie nur als Modell der traditionellen Kleinfamilie aus Mutter, Vater, Kinder. Ihre Positionen zu Migration changieren zwischen Stammtisch- und Nützlichkeits-Rassismus.

Vereinendes ideologisches Element aller Strömungen in der AfD sind marktradikale Auffassungen, die die Grundlage ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellen. Insofern ist die AfD insgesamt ein neoliberaleres Projekt mit einer autoritären Staatsvorstellung.

Die AfD hat sich ideologisch und politisch zu einer Partei der extremen Rechten ent-

wickelt, die mit den typischen Mitteln des Populismus arbeitet. Ihr politischer Kern ist längst nicht mehr die Kritik der europäischen Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Sie propagiert zunehmend den gesamten Kernbereich der Ideologien der Ungleichheit. Sie vermeidet in ihrer Außenabgrenzung jegliche positiven Bezüge auf den NS, dessen Herrschaft und dessen Ideologie. Daher unterscheidet sie sich beispielsweise deutlich von der neonazistischen NPD. Die AfD hat mittlerweile in Teilen des politischen und medialen Betriebs den Status einer „normalen“ Partei erlangt. Auch die Debatte in der Union um eine mögliche Koalition mit der AfD und die Gespräche der Thüringer CDU mit der AfD im Vorfeld der Regierungsbildung zeigt, dass bereits eine „Erosion der Abgrenzung“ nach rechts eingesetzt hat. Dazu gehört die Übernahme sicherheits- und migrationspolitischer Positionen der AfD durch die CSU.

Das Handeln gegenüber der AfD wird sich daran orientieren, einer „Normalisierung“ der Partei entgegen zu wirken. Nicht nur medial müssen wir dafür sorgen, dass immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die AfD keine demokratische Alternative ist. Politische, organisatorische und personelle Überschneidungen in die extreme Rechte müssen skandalisiert werden. Wir

betreiben eine klare politische und organisatorische Abgrenzung gegenüber der AfD. Wir werden z.B. keine gemeinsamen Anträge einreichen, wir werden konsequent gegen ihre Anträge stimmen, keine gemeinsamen Erklärungen abgeben, keine Unterstützung in Personalangelegenheiten gewähren und / oder annehmen. Unsere Abgrenzung wird - über den konkreten Inhalt der jeweiligen Anträge / Reden hinaus - in dem Sinne erfolgen, dass wir deutlich machen, dass die politischen Positionen der AfD außerhalb der Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen, und egalitären Gesellschaft stehen. Die konkreten Initiativen der AfD werden so auf den politischen Kern der Partei zurückgeführt.

Es ist für DIE LINKE weiter analysieren, warum der AfD in drei Bundesländern teils über 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme gaben, warum auch DIE LINKE Stimmen an die Rechtspartei verloren hat und wie die AfD (bei anstehenden Wahlen) geschwächt werden kann. Dabei darf es keine Übernahme der Positionen der AfD geben. Die (Rück-)Gewinnung von Wählerinnen und Wählern für DIE LINKE und die Aktivierung von Nichtwählerinnen und Nichtwählern für demokratische Parteien muss also mit Überzeugungsarbeit für linke bzw. demokratische Positionen einhergehen.

## Für eine Willkommenskultur

### **Aufruf an die Mitglieder des Stadtteilverbandes DIE LINKE und an die Mitbewohner des Stadtteils Rostock Lütten Klein für eine Willkommenskultur für die bei uns Schutz und Zukunft suchenden Migranten**

Die gegenwärtige weltpolitische Situation und auch die Situation hier in Deutschland gebieten, sich für den Schutz, die sichere Zukunft und die Integration der Flüchtlinge und Migranten einzusetzen und eine beispielgebende Willkommenskultur in Rostock und unserem Stadtteil Lütten Klein zu entwickeln.

In den letzten Tagen und Monaten haben die Bürger unserer Stadt bewiesen, dass sie sich gegen Ausländerhass und -feindlichkeit eindrucksvoll einsetzen. Die tausende von Demonstranten waren ein deutliches Bekenntnis.

Unsere Hansestadt Rostock ist eine welt-offene Stadt und setzt auf Migration und Mitmachen aller Bürger mit Migrationshintergrund.

In unserer Stadt leben über 13.000 Bürger,

die einen Migrationshintergrund besitzen. Sie sind aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen und sind jederzeit willkommen. Die Ereignisse national und international erfordern, sich für unsere Mitbürger einzusetzen und sie zu schützen.

Das „Mitmachen“ unser Bürger mit Migrationshintergrund ist ausdrücklich erwünscht, dazu rufen die Bürgerschaft und der Oberbürgermeister in einem im letzten Jahr gemeinsam beschlossenen „Integrationskonzept der Hansestadt Rostock“ auf.

Die Mitgliederversammlung DIE LINKE „Lütten Klein“ ruft dazu auf, sich für eine solidarische Willkommenskultur für alle in unserem Stadtteil lebenden Migranten einzusetzen und sich aktiv an der Entwicklung und Gestaltung dieser einzusetzen.

Eine gute Basis bildet das Mehrgenerationenhaus „IN VIA“ Lütten Klein. Am 16. Januar fand die erste Konsultation mit Frau Katrin Huth, als Verantwortliche für Gemeinwesenarbeit im Mehrgenerationenhaus statt. Inhalt des Gespräches war, wie eine Willkommenskultur gemeinsam

gestaltet werden kann. Wo ist Hilfe nötig und wie können wir unseren aktiven Anteil leisten? Ganz praktische Hilfe für die Migranten tut Not und hier kann jeder helfen, niemand ist zu jung oder zu alt. Die Migranten wollen nicht nur Hilfe in Anspruch nehmen, sie wollen auch ihren Beitrag für eine Willkommenskultur leisten.

Wir wollen die in unserem Stadtteil lebenden Bürger mit Migrationshintergrund zum „Mitmachen“ ermuntern und dazu bestärken. Bringt eure Ideen und Vorschläge ein und beteiligt euch aktiv.

Wer seinen Beitrag leisten will, egal in welcher Form, den rufen wir auf, sich zur Verfügung zu stellen.

Wendet euch direkt an den Stadtteilverbandsvorstand oder meldet euch direkt auch im Mehrgenerationenhaus „IN VIA“ Lütten Klein.

Mitgliederversammlung DIE LINKE Lütten Klein

Rostock, 30. Januar 2015





# Inklusion - Ein Thema, das uns alle angeht?

*Eine persönliche Betrachtung von Margit Glasow*

Wenn wir das überstrapazierte Wort Inklusion hören, denken wahrscheinlich viele von uns: „Oh je, nicht schon wieder!“ oder „Das ist ein Thema für Menschen mit Behinderung – das betrifft uns nicht.“ Ich jedoch behaupte, dass Inklusion ein Thema ist, das uns alle angeht.

Das Thema Inklusion wird oft auf Menschen mit Behinderung reduziert. Das ist aber meiner Ansicht nach falsch. Nehmen wir zum Beispiel die schulische Inklusion. Dabei geht es immer wieder um die Frage, können schwerbehinderte Kinder gemeinsam mit den so genannten normalen Kindern lernen. Wie viel Unterstützungsbedarf brauchen sie und kann das die Regelschule leisten. Ich denke aber, nicht nur Kinder mit einer Behinderung brauchen eine Förderung. Jedes Kind sollte es uns wert sein, gefördert zu werden, sei es ein Kind mit einer Lernschwierigkeit oder ein Kind mit einer Hochbegabung. Das ist meiner Meinung nach Inklusion. Dass die Vielfalt der Menschen als Bereicherung wahrgenommen wird und jeder sich einbringen und teilhaben kann – entsprechend seinen Fähigkeiten und Talenten. Dass Menschen mit Behinderung bei diesem Thema immer wieder eine zentrale Rolle spielen, liegt meines Erachtens daran, dass diese Menschen zum einen inzwischen eine sehr große Gruppe von Menschen darstellen, dass sie aber andererseits Diskriminierungen besonders stark ausgesetzt sind. Dass hier Probleme, die alle Menschen betreffen, einfach sehr zugespitzt sichtbar werden.

Ich möchte Euch dazu gern die Geschichte einer jungen Frau aus Rostock erzählen. Eine junge Frau, die nach sieben Jahren Studium jetzt ihren Master in Sonderpädagogik in der Tasche hat. Sieben Jahre sind eine lange Zeit für ein Studium. Wenn man aber bedenkt, dass diese junge Frau aufgrund einer spastischen Lähmung im Rollstuhl sitzt und dass ein Studium in Rostock schon von den baulichen Voraussetzungen her alles andere als barrierefrei ist, dann wird ihre komplizierte Situation vielleicht

etwas deutlicher.

Tatsache ist: Nach diesen sieben Jahren bekommt sie keinen Job, obwohl sie hochqualifiziert ist. Sie hat etwa 50 Bewerbungen geschrieben, erhält aber – wenn überhaupt – nur Absagen. Ich behaupte, das liegt daran, dass sie in ihre Bewerbungen hineinschreibt, dass sie eine Behinderung hat. Natürlich wird nicht offen darüber gesprochen. Aber wenn man dann sieht, dass Stellen, für die diese junge Frau aufgrund ihrer Situation und Ausbildung bestens qualifiziert wäre, nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern anderweitig vergeben werden, dann hat das in meinen Augen nichts mit Chancengerechtigkeit zu tun.

Diese Geschichte macht meiner Meinung nach deutlich, dass Frauen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt die schlechtesten Chancen überhaupt haben. Doch



*Die Mitglieder der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik überreichten vielen Parteitagsdelegierten eine Simulationsbrille, um zu zeigen, wie es ist, mit einer Sehbehinderung zu leben.*

Frauen haben allgemein die schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie verdienen auch immer noch weniger als Männer. Die Geschichte der jungen Frau zeigt aber auch, wie viele Barrieren in unserem Alltag bestehen. Aber Barrieren für Menschen mit Behinderungen sind auch Barrieren für alte Menschen. In unserer alternden Gesellschaft brauchen wir immer mehr Barrierefreiheit – hinsichtlich Wohnraum, aber auch im öffentlichen Nahverkehr und hinsichtlich der Kommunikation.

Für mich bedeutet Inklusion Teilhabe – Teilhabe für jeden und von Anfang an – unabhängig davon, was ein Mensch zu leisten

vermag, egal ob er jung oder alt, behindert oder nicht behindert ist, welche Hautfarbe er hat, welche sexuelle Orientierung, welchem Glauben er anhängt. Und wenn es um die gleichberechtigte Teilhabe aller geht, muss man sicherlich auch noch einmal neu überdenken, was Arbeit, was Leistung bedeutet. In unserer gegenwärtigen Gesellschaft geht es immer nur darum, was der Einzelne zu leisten vermag. Aber wie stehen wir zu Menschen mit Lernbehinderungen? Ich denke, wenn wir konsequent Inklusion wollen, bedeutet das, die Gesellschaft so zu verändern, dass wirklich alle teilhaben können, nämlich nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Auf dem Landesparteitag am 6. Dezember 2014 in Güstrow haben wir einstimmig dem Antrag „Gemeinsam ein gutes Land für ALLE gestalten – DIE LINKE M-V auf dem Weg zu einem Aktionsplan INKLUSION“ zugestimmt. Das finde ich toll. Und ich hoffe nun, dass wir es schaffen, diesen Beschluss umzusetzen und so den Weg zu bereiten, dass jede und jeder von uns täglich etwas weniger behindert, ausgegrenzt, nicht angenommen oder mit Vorurteilen konfrontiert wird. Denn wenn wir bedenken, dass der Begriff Behinderung in der UN-Behindertenrechtskonvention neu definiert wurde, nämlich dass Behinderung nicht die medizinische Erklärung einer Behinderung oder chronischen Krankheit meint, sondern die Wechselwirkung von Beeinträchtigungen jeglicher Art und verschiedenen Barrieren unter dem Motto: Behindert ist man nicht, behindert wird man. Dass es also die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die Einzelne oder Gruppen ausgrenzen und überwunden werden müssen. Wenn wir das alles einmal überdenken, werden wir feststellen, dass wir alle in irgendeiner Hinsicht behindert werden und dass an dem Thema Inklusion wirklich niemand vorbeikommt.



# Start für eine schwungvolle Kampagne - auch im Landkreis Rostock

In Zeiten wachsender Verunsicherung durch internationale Krisen, Terror und Kriegsgefahr werden soziale Fragen weitgehend durch die Regierenden aus der öffentlichen Auseinandersetzung verdrängt. Mit unserer Kampagne „Das muss drin sein“ sollen die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse, d.h. von Erwerbslosigkeit über Befristungen/Leiharbeit bis hin zu steigenden Mieten, in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zurück geholt und konkrete Verbesserungen durchgesetzt werden. Schließlich sind ca. 40 % der Bevölkerung unmittelbar davon betroffen.

Um erfolgreich zu sein geht es darum, dass wir uns auf **wenige, klar vermittelbare** Forderungen konzentrieren, um einerseits unsere Mitgliedschaft zu mobilisieren und andererseits unsere Partei außerhalb der Parlamente zu stärken, sichtbar zu machen. Unsere Kampagne soll dazu führen, die Menschen vor Ort **zu bewegen** und dabei **zu unterstützen**, ihr „Schicksal“ in die eigenen Hände zu nehmen, sich zu organisieren, um gegen prekäre Arbeit und unsichere Lebensbedingungen anzukämpfen.

**Fünf thematische Säulen** stehen im Mittelpunkt unserer politischen Forderungen:

- Für **auskömmliche und sichere Arbeit!** (Weg mit befristeter Tätigkeit; Bekämpfung der Leiharbeit [Stellenwert ändern, z.B. wie in Frankreich]; Schaffung einer gesicherten Zukunft.)
- Weg mit den Sanktionen, **soziale Mindestsicherung** statt Hartz IV!
- **Soziale Dienstleistungen für alle!** (Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit; ausreichende Gesundheitsleistungen für alle; Zahnersatz und Brillen wieder in die Krankenversicherung.)
- **Arbeit umverteilen**, statt Dauerstress,

Minijobs und Massenarbeitslosigkeit!

- **Wohnen und Energie müssen bezahlbar bleiben!** Explosionsartige Entwicklungen gesetzlich stoppen.

In Vorbereitung unserer Kampagne „Das muss drin sein!“ führten wir am 3. Februar sowie am 9. Februar im Landkreis Rostock Beratungen mit den Vorsitzenden und weiteren Vertretern unserer Basisorganisationen durch, an denen **Björn Griese**, stellvertretender Landesvorsitzender unserer Partei, bzw. **Christian Petermann**, ehrenamtlicher Kampagnebeauftragter unseres Landesverbandes, über die Ziele und Inhalte informierten.

Die anschließende Diskussion war sehr vielschichtig, sie reichte von voller Zustimmung

von Stadt zu Stadt, von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich. Also geht es darum, den kleinsten, gemeinsamen Nenner zu finden. In Graal-Müritz wurde z.B. angeregt, die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße mit konkreten Fakten über die Situation von 40 Prozent unserer Mitmenschen zu konfrontieren. Mehr als 180.000 waren im Oktober 2014 auf Hartz IV angewiesen. 11.000 Leiharbeiter\_innen; 73.000 befristet Beschäftigte; 84.000 Minijobber\_innen und 125.000 Teilzeitbeschäftigte, so sieht der Alltag in Mecklenburg-Vorpommern aus. Die Folgen sind u.a. Krankheiten, erschwerte soziale Teilhabe und Altersarmut. Die Umverteilung von Arbeit, die Verbesserung der sozialen Dienstleistungen sind bezahlbar.

In den Veranstaltungen wurden u.a. genannt, die Verringerung der Militärausgaben, die Einführung einer Reichen-/Millionärssteuer und das Einzahlen in die Sozialkassen durch alle, also auch Parlamentarier und Beamte. Die Verbindung unserer Kampagneziele mit unserem wirkungsstärksten, politischen

„Alleinstellungsmerkmal“, der Außen- und Friedenspolitik, wurde durch die Teilnehmer\_innen ebenfalls angeregt.

Jetzt geht es darum, gemeinsam bis zum 01. Mai 2015 zu überlegen, wie sich jede Basisorganisation, also jedes Mitglied und die Sympathisanten, aktiv in unsere Kampagne einbringen kann. Wir sind an allen Ideen interessiert, bitte kontaktiert uns, nutzt die Kreisvorstandssitzungen, den E-Mail-Verkehr, das Telefon usw.

*Peter Hörnig, Kreisgeschäftsführer*  
Telefon/Fax: 03843/687311  
landkreis-rostock@die-linke-mv.de

Eckpunkte der Kampagne  
„Das muss drin sein.  
Leben ohne Zumutungen“

**DIE LINKE.**

Die Bedingungen sind von Kreis zu Kreis, mung bis hin zur Ablehnung einer solchen Kampagne. Tenor war, dass eine Kampagne vor allem erfolgreich ist, wenn sie über einen kurzen Zeitraum, zu einem konkreten Inhalt, in allen Wirkungsbereichen unserer Strukturen geführt wird. In jeder Basisorganisation muss gemeinsam überlegt werden, ob und wo im Einzugsbereich von nichtauskömmlichen Bedingungen Betroffene tätig sind und wie man ihnen ein Angebot zum selbstständigen politischen Engagement unterbreiten kann. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wurde immer wieder angesprochen.

Die Bedingungen sind von Kreis zu Kreis,

## Arbeitsmarktentwicklung bietet keinen Grund zur Zufriedenheit

„Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bietet keinen Grund zur Zufriedenheit. An Langzeitarbeitslosen und Älteren geht der Aufschwung vorbei. Nach wie vor gibt es zu viele Billigjobs. Die Regierung unternimmt zu wenig, um gegenzusteuern. Statt der Aushöhlung des Mindestlohns und weiteren Kahlschlags in der Arbeitsmarktpolitik brauchen wir eine Initiative für mehr gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze“, erklärt Sabine Zimmermann zum aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit. Die stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter: „Die Zahl der Langzeitar-

beitslosen stagniert auch im Monat Februar und liegt bei über einer Million. Die Kürzungen in der Arbeitsförderung der letzten Jahre haben daran maßgeblichen Anteil. Die Förderung wurde hier nahezu halbiert. Die Regierung muss umsteuern. Die angekündigten Schmalspurprogramme der Arbeitsministerin greifen viel zu kurz. Sie sollte zudem die positive Arbeitsmarktentwicklung nutzen, um den Mindestlohn ohne weitere Zugeständnisse durchzusetzen und dann schnell und ohne Ausnahmen auf zehn Euro zu erhöhen. 1,3 Millionen Erwerbstätige, die laut Februarbericht ihr Einkommen mit Hartz IV aufstocken, und 2,5 Millionen Beschäftigte mit einem Zweitjob sind ein deutlicher Handlungsauftrag.“



# Erfolg für Hamburger LINKE

**Hamburg hat gewählt. DIE LINKE konnte ihr Ergebnis von 2011 deutlich steigern (8,5 %). Das Ergebnis ist ein Erfolg der Linkspartei und stützt sich auf einen offensiven Wahlkampf mit politischen Forderungen zu sozialer, Steuer- und Bildungsgerechtigkeit. Sie positionierte sich als Partei für soziale Gerechtigkeit. Im Unterschied zu CDU, Grünen und FDP erklärte sie bereits im Wahlkampf, dass sie sich als Oppositionspartei versteht und somit für eine rot-rote Koalition nicht bereit steht. Sie ist nunmehr mit 11 Sitzen im Landtag vertreten, bleibt jedoch hinter den Grünen viertstärkste Kraft. Dieser Wiedererzug ist für die weitere Stabilisierung der LINKEN auf der Ebene der Bundesländer wichtig.**

Das Ergebnis der Linken ist gemessen an den Ergebnissen in anderen westdeutschen Ländern sehr gut. Es ist das zweitbeste Landtagswahlergebnis der LINKEN bundesweit. Sie hat prozentual ihr Ergebnis über 2 Prozentpunkte verbessern können und hat knapp 80.000 Stimmen mehr als 2011 bei diesen Wahlen an sich gebunden.

Die LINKE verdankt ihr Ergebnis ihrem klaren Profil als in der Opposition agierende Partei. Insbesondere bei Themenfeldern, bei denen Konzepte und Forderungen sozialer Gerechtigkeit eine große Rolle spielen (Wohnen / Mieten, Kinderbetreuung, Bildung usw.) erhält sie für ihre Verhältnisse hohe Zustimmungswerte. Dies gilt auch ihrem Engagement für Flüchtlings- und Migrationsarbeit. Gerade auf diesem Feld werden ihr hohe Kompetenzen zugeschrieben. Sie gilt als Partei, die für sozialen Ausgleich steht.

Noch immer erklären zwei Drittel der Wähler, die LINKE würde «Probleme beim Namen nennen, jedoch keine Lösungen präsentieren». Zugleich aber bescheinigen ihr inzwischen ein Drittel der Wähler, dass sie in der Bürgerschaft gute Arbeit mache. Das erstaunt nicht, da die mediale Aufmerksamkeit in der Regel den Landtagsfraktionen und nicht unbedingt den Parteien zukommt. Der Bürgerschaftsfraktion gelang es allerdings tatsächlich durch ihre konstruktive Arbeit, die ihr zufallende Rolle einer linken oppositionellen Partei im Landesparlament auszufüllen. Die inhaltliche Zusammenarbeit mit Menschen, Initiativen, Einrichtungen und Organisationen außerhalb des Parlaments in relevanten Themen- und Konfliktfeldern wurde so

anerkannt. Zu nennen sind Wohnungs- und Stadtteilpolitik, Problemen der Gentrifizierung, Kita- und Bildungspolitik, Fragen der Einschränkung demokratischer Grundrechte, Flüchtlings- und Zuwanderung, um nur einige Ausgewählte zu nennen.

Besonders angenehm ist, dass die LinksparteiwählerInnen die geringste Zustimmung (7 Prozent) zur Position «Hamburg hat zu viele Flüchtlinge» haben (alle 23 Prozent, SPD 23 Prozent, CDU 31 Prozent, Grüne 10 Prozent, FDP 12 Prozent, AfD 59 Prozent).

Die Senatspolitik macht es der Linkspartei relativ leicht, links der SPD Zustimmung zu generieren. Auch für die Haltung, auf keinen Fall mitregieren zu wollen, lassen sich bei der politischen Positionierung der SPD, insbesondere aber auch der patriarchalischen Amtsführung des Olaf Scholz gute Argumente finden. Hier muss allerdings ein Sensorium entwickelt werden, das in der Zukunft bereit und in der Lage ist, ggf. Veränderungen wahrzunehmen.

Bemerkenswert ist das Ergebnis sowohl in Bezug auf die Alterszusammensetzung wie auch in Bezug auf Bildung, Tätigkeit und die Verteilung zwischen Frauen und Männern - hier ist das ausgeglichene Verhältnis neu.

Die stärksten Zuwächse - und das ist neu für die LINKE - sind die Zuwächse aus den jüngeren Altersgruppen: sie hat überdurchschnittlich in der Altersgruppe zwischen 16 und 24 und zwischen 25 und 34 gewonnen. Diese Werte liegen mit Abstand über ihren «klassischen Werten» bei den Altersgruppen zwischen 35 bis 59 - also all jenen Altersgruppen, die im erwerbsfähigen Alter sind. Sie ist unterdurchschnittlich ab den Wählergruppen ab 60 Jahre vertreten. Die Wählerschaft der LINKEN ist geprägt durch ein hohes Bildungsniveau, einen hohen Anteil von Selbständigen, Studenten, aber auch Arbeitslosen. Die LINKE konnte bei diesen Wahlen offenbar linkslibertär geprägte Milieus erreichen, die sich zu einem Teil in prekären Arbeits- und Lebenssituationen befinden und bei früheren Wahlen noch die Grünen oder nicht gewählt haben. D.h. der LINKEN ist es in stärkerem Maße als bisher gelungen, junge, moderne urbane Milieus anzusprechen. Hier sollte mit Vorsicht an die stark vergrößernden Kategorisierungen «Arbeitslose», «Selbständige» etc. herangegangen werden: Jüngere Menschen nach oder zwischen Ausbildungen und Studium, in und zwischen teilweise formal selbständigen Projekten und prekären Tätigkeiten, mit formal hohen Bil-

dungsabschlüssen und relativ großer Autonomie, die in spezifisch kulturell geprägten Stadtteilen wohnen, unterscheiden sich gravierend vom traditionell geformten Bild des Arbeitslosen, wie er in der Vergangenheit aber auch in anderen regionalen bzw. milieuspezifischen Zusammenhängen durchaus anzutreffen ist.

DIE LINKE findet auch bei dieser Wahl in statusniedrigen Wohngebieten vergleichsweise viel und in statushohen Lagen nur relativ wenig Zustimmung. In Stadtteilen mit geringem Durchschnittseinkommen beträgt die Zunahme 3,8 Prozentpunkte. Der Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur der Stadtteile und dem Wahlergebnis ist auch diesmal bei den LINKEN besonders deutlich ausgeprägt.

Trotzdem ist es leicht irreführend, sich an den in der Wahlberichterstattung genutzten Kategorien Angestellte, Arbeiter etc. und dem jeweiligen Zuspruch zu den Parteien zu orientieren. Beispielsweise 10% der Arbeiter und 8% der Angestellten wählten die LINKE (Zahlen hier: FGW), denn die Gesamtzahl der Arbeiter an den Erwerbstätigen in Hamburg beträgt ca. 6%, der der Angestellten allerdings ca. 67%. Ein Problem der Wahlauswertung besteht auch darin, dass bei einer Wahlbeteiligung von 56,6 Prozent nicht mit konkreten Zahlen belegt werden kann, wie viele Nichtwähler es unter den Arbeitern, Angestellten, selbständigen, Studenten, Rentnern gibt. Studien zu den Nichtwählern wie z.B. die von verweisen auf die sozio-strukturellen Unterschiede von Nichtwählern. Insofern müssen die angegebenen Zahlen mit bei der Interpretation mit den konkreten soziostrukturellen wie soziokulturellen Räumen ins Verhältnis gesetzt werden.

DIE LINKE wurde stärkste Partei in im Stadtteil Kleiner Grasbrook / Steinwerder mit 31,9 Prozent, aber auch in St. Pauli mit 29,1 Prozent und in der Sternschanze mit 29,1 Prozent. Bekanntermaßen die beiden weit über Hamburgs Landesgrenzen hinaus bekannten «hippen» Szenestadtteile und Teil der Inneren Stadt.

In vier Wahlkreisen gelingt es der LINKEN jeweils ein Direktmandat zu erreichen (2011: 3). Dies ist nicht gering zu schätzen, weil das Wahlrecht generell kleinere Parteien bei der Gewinnung von Direktmandaten benachteiligt.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*





# Erfolg für Hamburger LINKE - Fortsetzung

Fortsetzung von S. 8

In der Stadt Hamburg stellt sich die Zusammensetzung der LINKEN weitgehend anders dar, als bei den ostdeutschen Landtagswahlen 2014. Ob dies dem spezifischen Großstadtklima Hamburgs geschuldet sowie an urbane Milieus gebunden ist, vor allem wie langfristig diese Parteienpräferenz bei hoch volatilen WählerInnenmilieus zu stabilisieren sein wird, das müssen spätere Wahlen in den westdeutschen Bundesländern zeigen.

Aus: Meinhard Meuche-Mäker / Cornelia Hildebrandt (Rosa-Luxemburg-Stiftung), DIE ERGEBNISSE DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFTSWAHL AM 15. FEBRUAR 2015

Heidi Bluhm, Vorsitzende DIE LINKE.MV, erklärte zu dem Wahlergebnis: DIE LINKE geht aus der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft gestärkt hervor. Mit rund 8,5 Prozent, die die ersten Hochrechnungen der LINKEN prognostizieren, konnte sie ihr Wahlergebnis von 6,4 Prozent bei den Bürgerschaftswahlen 2011 deutlich steigern.

Damit wird klar, DIE LINKE ist nicht nur in den neuen Bundesländern Regierungspartei, sondern auch in den alten Ländern nicht mehr weg zu denkende Oppositionskraft.

Auch Mecklenburg-Vorpommern steht angesichts hoher Kinder- und steigender Altersarmut sowie unsicheren Beschäftigungsbedingungen bei niedriger Bezahlung in-

mitten sozialer Probleme. Allein oder mit der CDU wird die SPD diese Herausforderungen nicht meistern. Wir werden die Zeit bis zu den Landtagswahlen 2016 intensiv nutzen, um zu zeigen, dass mit der LINKEN für alle Bürgerinnen und Bürger mehr drin ist.



## Legende begeht 85. Geburtstag

Kein anderer Name im ehemaligen Kreis Rostock-Land ist so eng mit dem Werden und Wachsen des ländlichen Raumes verbunden, wie der von **Günter Waldschläger**.

Ich lernte Günter 1986 kennen. Günter zeichnete sich schon damals durch Bescheidenheit, Freundlichkeit, großes Fachwissen und die Fähigkeit eines guten Leiters aus. Er war und ist im Territorium des Altkreises Rostock-Land beliebt und geachtet. In der Umbruchphase 1989/1990 war er der Vorsitzende des Rates des Kreises Rostock-Land und blieb im Gegensatz zu sehr vielen anderen „Verantwortungsträgern“ Mitglied unserer Partei und das, bis zum heutigen Tag. Als die Wellen hochschlugen, wir als Partei sehr vielen sachlichen und unsachlichen Anfeindungen ausgesetzt waren, saß Günter Waldschläger für die SED und später die SED/PDS am „Runden Tisch“ des Kreises Rostock-Land.

Sein ruhiges, sachliches Agieren trug wesentlich dazu bei, den Übergang der Verwaltung möglichst reibungslos zu gestalten. Günter Waldschläger unterstützte den ersten Landrat, Herrn Axel Peters, in allen Fragen der Einar-

beitung in deren neue Tätigkeit.

Von 1990 bis 2001 war er Vorsitzender der

Kreistagsfraktion der PDS Rostock-Land und ab 1994 der Fraktion der PDS Bad

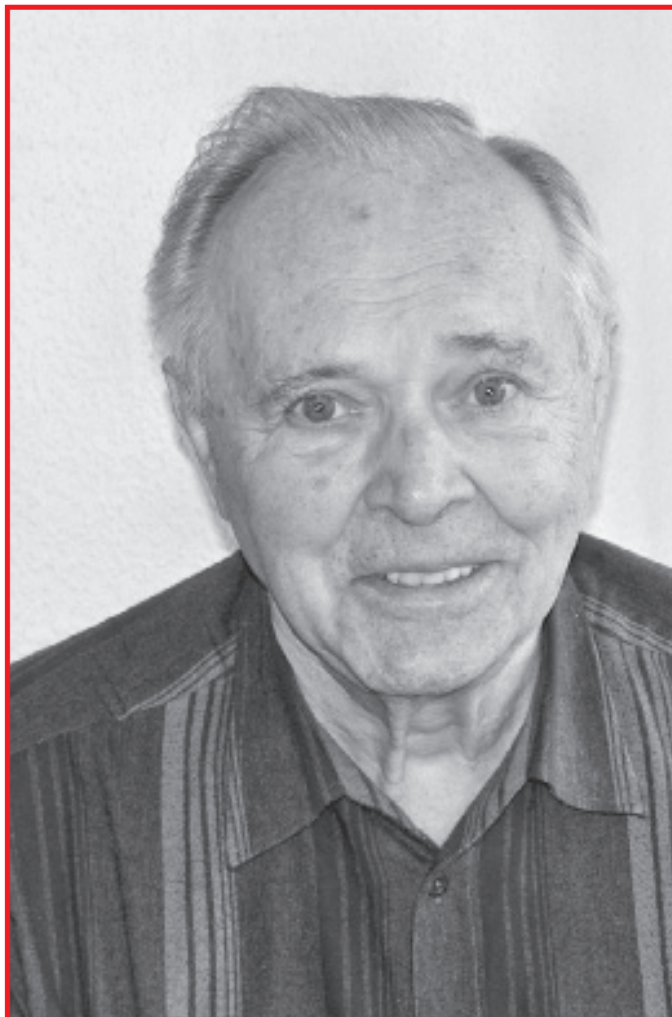
Doberan. Günter Waldschläger war bis 2004 Mitglied der Kreistagsfraktion Bad Doberan und von 2004 bis 2009 sachkundiger Einwohner im Finanzausschuss des Kreistages Bad Doberan. Er ist Mitglied des „kommunalpolitischen forums“ und bringt sich noch heute aktiv in die Dorfgemeinschaft Satow/OT Heiligenhagen ein.

Als väterlicher Freund steht er mir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Ich möchte seinen **85. Geburtstag** zum Anlass nehmen, um mich persönlich, aber auch im Namen des Kreisvorstandes sowie der Kreistagsfraktion DIE LINKE.Landkreis Rostock recht herzlich bei Günter Waldschläger für seine Lebensleistung zu bedanken.

Wir wünschen Günter beste Gesundheit und freuen uns auf eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit.

Text: Peter Hörnig (Kreisgeschäftsführer), Foto: Torsten Schlutow



# Couragepreis 2015

Der Courage-Preis wird bereits zum fünften Mal an Menschen vergeben, die sich in besonderem Maße für Demokratie und Toleranz einsetzen. Es ist der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges Anliegen, diese Arbeit und dieses Engagement zu würdigen.

Fast täglich werden wir in Mecklenburg-Vorpommern mit der menschenverachtenden Rhetorik der NPD konfrontiert. Ihre Unterstützer decken ein breites Spektrum von den sich harmlos gebenden völkischen Siedlern bis zu den offen gewaltbereiten Freien Kameradschaften ab und versuchen gezielt, gerade kommunale Strukturen zu unterwandern und dort ihre antidemokratischen und geschichtsverfälschenden Ansichten zu verbreiten. Fast täglich hören wir von Übergriffen mit rechtsextremem Hintergrund, werden Menschen Opfer von Hass und Gewalt. Und täglich können wir etwas dagegen tun. Es kostet Mut, einzuschreiten und sich menschenverachtendem Denken und Handeln entgegenzustellen.

Es kostet Mut, für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die von Rechtsextremen verbal oder körperlich attackiert werden, Partei zu ergreifen. Es kostet Mut, sich alltäglichem und institutionellem Rassismus entgegenzustellen. Im ganzen Land gibt es diese mutigen Menschen, die sich für ein Mehr an Toleranz, für ein Mehr an Demokratie in der Gesellschaft einsetzen. Ihnen allen gelten unser Dank und unsere Anerkennung. Stellvertretend für diese Arbeit wollen wir wieder eine Person oder ein

Projekt auszeichnen. Helfen Sie uns, diese Menschen im Land zu finden, oder bewerben Sie sich selbst mit Ihrem Engagement, Ihrer Arbeit gegen Fremdenhass und Intoleranz, für ein weltoffenes, tolerantes und lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern. Für Courage im täglichen Leben und den Mut nicht wegzusehen.



Bilder von der Verleihung des Courage-Preises im Jahr 2013, Quelle: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

Der Courage-Preis wird Personen und Initiativen verliehen, die sich engagiert und in besonderer Weise rechtsextremisti-

schen, fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und diskriminierenden Handlungen entgegenstellen und ist mit 2500 Euro dotiert. Eingereicht werden können soziokulturelle, pädagogische und künstlerische Arbeiten und Projekte, aber auch Einzelaktivitäten. Sie sollen vorbildliche öffentliche und aufklärende Wirkung haben, Zeugnis geben von Weltoffenheit und der Vielfalt der Kulturen und Mitmenschen zu couragiertem Handeln motivieren.

Teilnehmen können alle Personen, die in Mecklenburg-Vorpommern wohnen und/oder arbeiten, sowie Initiativen, die im Land aktiv sind. Personen und Gruppen können sich selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. Das Einverständnis der Vorgeschlagenen wird vorausgesetzt. Der Bewerbung bzw. dem Vorschlag ist eine aussagekräftige Beschreibung des Projektes, der Aktion bzw. Leistung beizufügen – in schriftlicher und möglichst auch in visueller Form.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 30. April 2015 eingereicht werden an: Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin, E-Mail: [fraktion@dielinke.landtag-mv.de](mailto:fraktion@dielinke.landtag-mv.de), Fax: 0385-525 25 09 oder die Wahlkreisbüros der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Die Preisverleihung findet am 6. November 2015 in Schwerin statt.

## Veranstaltung am Frauentag

Für gleiche Chancen von Frauen mit Behinderung auf dem 1. Arbeitsmarkt!

*EINLADUNG zur Filmvorführung und Podiumsdiskussion anlässlich des Internationalen Frauentages 2015*

Der Verein Rostocker für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe e. V. lädt – in Kooperation mit dem Kommunalpolitischen Forum e.V. – anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März um 15.00 Uhr zur

Aufführung des Dokumentarfilms „Was heißt hier behindert? Thüringer Frauenpower“ in das Mehrgenerationenhaus in Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52 ein. Im Anschluss an die Filmvorführung werden Deike Ludwig, Bildungswissenschaftlerin im Rollstuhl, und Hannah Tinten, Studentin der Biomedizinischen Technik und (fast) gehörlos, über ihre ganz persönlichen Erfahrungen bei der Arbeitssuche berichten. Die dabei aufgetretenen Probleme wollen sie mit Petra Kröger und Brigitte Thielck, der Behinderten- und der Gleichstellungsbeauftragten von Rostock,

sowie einer Vertreterin der Agentur für Arbeit bzw. des Jobcenters debattieren. Mit dabei ist auch Heidi Hasse, die Filmemacherin aus Erfurt, die ihre langjährigen Erfahrungen als Regisseurin und Redakteurin des DDR-Fernsehens in den Film „Was heißt hier behindert? Thüringer Frauenpower“ eingebracht hat. Nach der Podiumsdiskussion gibt es ausreichend Gelegenheit, dass die anwesenden Frauen bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch kommen.



# DIE LINKE: No Future war gestern

**Die Woche der linken Zukunft vom 23. bis 26. April ist die Chance für DIE LINKE ihre Antworten für ein besseres Morgen zu diskutieren**

An die Zukunft denken viele Menschen in politischen Begriffen momentan lieber nicht. Wer kann es ihnen verdenken, Grund für schlechte Laune gibt es schließlich wohin man schaut: Krieg in der Ukraine, Terror in Paris, Elend in Südeuropa, Prekarisierung selbst im Land des „Exportweltmeister“ und Rassismus auf den Straßen. Es scheint heute häufig tatsächlich realistisch, sich das Ende der Welt, als das Ende des Kapitalismus vorzustellen, wie der Kulturtheoretiker Mark Fisher mal das Fehlen der Utopie im Neoliberalismus umschrieb. Keine guten Zeiten für eine demokratisch-sozialistische Partei, könnte man meinen. Doch es gibt zahlreiche Ansätze und Alternativen, die auch eine ganze andere, hoffnungsvolle Perspektive möglich machen. Manchmal sind sie klein, wie Ansätze einer Shareconomy oder demokratische Haushalte auf kommunaler Ebene; manchmal groß wie umfassende Konzepte für eine gerechtere Finanzordnung und den sozial-ökologischen Wandel. Zudem machen soziale Bewegungen und neue linke Parteien, wie Syriza in Griechenland, deutlich, dass die Linke vielleicht europaweit vor einem Comeback steht.

Es gibt also keinen Grund sich in den eigenen vier Wänden zu verkriechen. Schon weil, wer nicht heute schon an morgen denkt, dessen Gestaltung anderen überlässt. Und wohin die Ideen der neoliberalen Eliten führen, haben wir die letzten Jahre erleben dürfen. Außerdem braucht eine linke Partei immer auch das überschießende Moment, sie kann im Gegensatz zu den Rechten ihre Poise nicht aus der Vergangenheit borgen, sondern nur aus der Zukunft ziehen. Die LINKE muss also über den Tag hinaus denken, wenn sie ihren eigenen, gesellschaftskritischen Anspruch ernst nimmt. Sie sollte das aber auch aus wohlverstandener Eigeninteresse tun. Denn der erfolgreiche Aufbau einer gesamtdeutschen Partei links von der SPD hat in den letzten 10 Jahren wesentlich auf politischen Pfeilern beruht, die eine erfolgreiche Parteientwicklung in Zukunft nicht mehr alleine tragen werden.

Wenig veranschaulicht das besser, als die jungen Leute, die konfrontiert mit unserer Forderung „Hartz IV muss weg“ mit der entgeisterten Frage antworten: Wie? Das wollt ihr uns jetzt auch noch wegnehmen? Natürlich bleibt der Kampf gegen Hartz IV, die Ablehnung der Agenda-Politik (und von Kriegseinsätzen) ein zentraler Punkt für die Linke. Jedoch sind darüber hinausweisende, nach vorne gerichtete Alternativen gefragt. Gerade das offensichtliche Scheitern des Finanzkapitalismus macht deutlich, dass eine eigene linke Visionen von Gesellschaft, eine positive Erzählung und eine dazugehörige Vorstellung von konkreten Einstiegsprojekten nötig sind.



Mit anderen Worten: Es braucht neue strategische Anker für die Partei.

Genau an diesem Punkt setzt die Woche der Linken Zukunft an, die vom 23.-26. April in Berlin stattfinden wird. In Kooperation von Partei, Fraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind dafür – nach einem „Call of Ideas“ und intensiver Beteiligung aus der Parteibasis – bereits über 80 Veranstaltungen zu den fünf großen Überthemen „Zukunft der Arbeit“, „Umverteilung“, „Zukunft des Öffentlichen“, „Sozialökologischer Wandel“ und „Aneignung der Demokratie“ organisiert worden. Die Lücke zwischen parteipolitischem Tagesgeschäft und abstrakter Utopie wollen wir dabei ergebnisoffen und sowohl im Hinblick auf die Analyse des Istzustandes als auch die Möglichkeiten der Zukunft diskutieren. Eingeladen zu diesem Forum linker Ideen sind natürlich alle Mitglieder der Partei, aber auch andere kritische Köpfe und HeldInnen des Alltages. Das kann der Jobcenter-Mitarbeiter, der keine Sanktionen

verhängt, die kritische Polizisten oder der engagierte Netzaktivist sein. Dabei haben schon so viele kritische Köpfe zugesagt, dass es unmöglich ist, sie alle aufzuzählen. Um nur die Bandbreite anzudeuten: der Autor Dietmar Dath, der Autor von Multitude Michael Hardt, die feministische Netzaktivistin Anke Domscheit-Berg, die marxistische Feministin Frigga Haug, der Schriftsteller Volker Braun, die Publizistin Daniela Dahn, die Autorin von Kommunismus für Kinder Bini Adamczak, der Regisseur Volker Lösch und viele internationale Gäste.

Vom üblichen Ablauf linker Kongresse wollen wir uns nicht zuletzt dadurch abheben, dass ganz unterschiedliche Formate, von Einführungsveranstaltungen über Workshops bis hin zu Podiumsdiskussionen immer eine Möglichkeit zur wirksamen Beteiligung bieten. Bereits im Vorfeld der Zukunftswoche hat eine Debatte über verschiedene Themenfelder begonnen, an der man sich jetzt schon auf dem dazugehörigen Blog beteiligen kann. Und natürlich wollen nicht nur darüber diskutiert, wie die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden können, sondern auch selber tanzen. Überhaupt kommt der Kultur eine eigene Bedeutung zu. Es wird Ausstellungen und Lesungen sowie einen Galeriebesuch der besonderen Art geben.

Insgesamt hat es so ein offenes Angebot zur Diskussion in unserer Partei – zumindest jenseits des Entscheidungsdrucks (und gelegentlich ja auch Fraktions- bzw. Strömungszwanges) bei Parteitag und in Gremiensitzungen – seit ihrem Bestehen als LINKE noch nicht gegeben. Die Chancen stehen insofern gut, dass die Zukunftswoche ihren Anspruch, ein Labor für linke Ideen im Allgemeinen und die linke Partei der Zukunft im Besonderen zu sein, erfüllt. Dafür braucht es aber nicht zuletzt eins: Eure Beteiligung.

*Katja Kipping*





# Erinnerungen waak hollen

## I.

De Frühjohrsmaande von 2015 nödigen uns mihr denn je tau ´n Nahdenken oewer denn Tweiten Weltkrieg, de an ´n 8. Mai 1945 mit den Sieg von de Alliierten oewer dat faschistische Hitlerdütschland sien End fün. Wi begahn tau ´n Gedenken an alle Opfer, denn 70. Johresdach von uns Befreiung! - Mank einer, de denn Krieg oewerläwte, hett verspraken, sien ganzet Läwen lang leiwer drög Brot tau äten, as nur einen Dach noch in ´n Krieg tau beläwen un sik ok denn Schwur von de Oewerläwenden von ´t KZ Buchenwald anslaten: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

De Kriegsbilanz wier schrecklich: Oewer 50 Millionen Minschen hemm ehr Läwen verloren. Leider hett manch einer in ´n Loop von 70 Johre siene Schwüre vergäßen, Lihren oewer Ursaak un Wirkung von twei Weltkriege, de Dütschland in 100 Jahr führt hett, an siene Kinner un Enkel wierertaugäwen. Hüt giff dat ümmer noch Lüde, wecke ehre Mitschuld an de Verbräken nich wohr hemm wolln un denn Holocaust afstrieden! In ehre Köpp spökt ümmer noch orer all werrer nationalistisch und rassistisch Denken rüm.

Dorüm will ick hier ut eigen Erfohrung berichten, woans ick von 1933 - dat Startjohr von Hitlerdütschland und mien Schaultied - de mi inimpten nationalistischen und rassistischen Gedanken werrer los wör.

1944 kehm ick in USA-Kriegsgefangenschaft. In Lager Fort Eustis / Virginia möst noch mit „Heil Hitler!“ grüßt warn. Wer dissen Befähl nich befolgte, mösste mit Bestrafung räken. Mien Kamerad Erwin Wagner, de mi siene Erfohrungen von de Ostfront un de dor beläwten Verbräken von de Wehrmacht vertellte un sik as Kommunist bekennen deed, lähnte denn Nazigrüß af. Dat betahlte he mit sien Läben, wat mi sihr bedrapen un taun iersten Mal nahdenklich makte. As ick 1948 ut de Gefangenschaft entlaten un in Rostock werrer tohus wier, begegent ick de Antifaschisten Ernst Goldenbaum, Alfred Weber und Hans Mahnke, de mi oewer de Nazi-Ideologie, ehre Beläwnisse in KZs un de Urhåber von Krieg un Faschismus upklohrten. Se hemm mi ok raden, ok mal „dat Manifest“ un anner Schriften von Marx und Engels tau studieren. Dat heff ick makt un dat hett mi hulpen! Oewer am meisten hulpen mi Begägnungen mit Minschen, de mi in mien Schaultied un Hitlerjugend ümmer

as „minderwertige Untermenschen, rassistischen Abschaum“ u.a. dorstellt wörn: Kommunisten, Juden, Russen.

Mit Wagner, Goldenbaum, Weber un Mahnke har ick nu all positive Bekanntschaft makt. Juden wiern in ganz Meckelnborg selten wörn. De Nazis harn Millionen ut ganz Europa deportiert und ümbröcht. So söchte ick denn nu noch de Bekanntschaft mit de ok noch in amerikanische und englische Gefangenschaft dorstellten „bösen Russen“. Mi wier intwischen all klor wörn, dat de Russen, Ukrainer, ja alle Völker von de Sowjetunion vereint gegen denn faschistischen Agressor anträden wiern un 20 Millionen dorbi ehr Läben verlurn hemm. Vör allem de Sowjetunion verdanken de Völker Europas ehre Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dorüm mücht ick ok hier wat oewer stille Helden un Unbekannte berichten, de dat Geschichtsbau von ´n II. Weltkrieg mitschräwen hemm.



In „Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft Rostock“ liernete ick 1985 denn jüdischen Sowjetbürger Imanuel Lewin kennen, de as Militärdolmetscher aktiv an de kampflöse Befreiung Greifswalds beteiligt wier. As Dütschland an ´n 22. Juni 1941 de Sowjetunion oewerföhl, drückte Lewin in Moskau noch de Schaulbank. Twei Dach vörher har he ´n Tüchniss krägen. Utgeräkend de Zensur in ´n Dütsch süll för sien Läwenwech bestimmend warden. Hei har sik mit anner Komso molzen - 16-Jöhrig - friewillig meldt. As Militärdolmetscher kehm he nah ´n korte Utbildung an de Front. Mit de 46. Division General Bortschews kämpfte Lewin von Leningrad bit Greifswald. Oewer dit Ereignis hett Lewin späder dat Bauk „Aufzeichnungen eines Militärdolmetschers“ (Verlag „Moskowski Rabotschi“ 1981) schräwen. Unner de Redaktion von Günter Brock hett de DSF-Bezirksvorstand Rostock 1985 ein

Broschür rutgäwen. Dorut hier ein Uttoch: >> Mein denkwürdigstes Treffen mit Deutschen ereignete sich im Morgengrauen des 30. April 1945. In den letzten Apriltagen wurde die operative Gruppe des Stabes unserer Armee nach Anklam verlegt. Auf dem Wege zur Ostseeküste - zum Hafen von Stralsund und zur Insel Rügen - verblieb die alte Stadt Greifswald, die vom deutschen Oberkommando zu einer „uneinnehmbaren Festung“ erklärt worden war. Der Befehl des Führerhauptquartiers war lakonisch: *Kämpfen bis zum letzten. Verräter sind zu erschießen, ohne Gericht und ohne Untersuchung.* Die Führung unserer Armee plante, im Morgengrauen des 30. April gegen Greifswald einen schweren Angriff der Infanterie und der Luftstreitkräfte zu führen und dann die Festung zu erstürmen. - Und da, etwa eineinhalb Stunden vor Beginn der Operation, meldete der Kommandeur der 46. Division, General S.N.Borstschev dem Oberkommandierenden J.I. Fedujinski, dass an seinem Frontabschnitt Parlamentäre erschienen sind, die ein Mandat des Kriegskommandanten Greifswald, Oberst R. Petershagen, besaßen. - Nach Beendigung der Verhandlungen baten die deutschen Parlamentäre, ihnen auf den Weg zurück nach Greifswald einige Vertreter des sowjetischen Oberkommandos mitzugeben, die bestätigen könnten, dass die Kapitulation tatsächlich angenommen ist und der Stadt sowie der Garnison Sicherheit garantiert wäre. Andernfalls müsse man befürchten, dass die in der Stadt verbliebenen SS-Leute und Hitlerjungen eine Provokation auslösen und die Soldaten und Offiziere aufhetzen, den Führerbefehl, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen, doch noch zu erfüllen. - Wir fuhren zu den Kasernen, wohin Oberst Petershagen die Hauptkräfte der Garnison befohlen hatte. Auf den Kasernenhof angekommen, verkündigte ich vor mehreren tausend Mann, die dort angetreten waren, die Bedingungen, zu denen das sowjetische Oberkommando die Kapitulation angenommen hatte. Ich rief dazu auf, Provokationen zu vermeiden, und betonte, dass die Sowjetarmee nicht Feind des deutschen Volkes sei. Sie sei Feind, sogar Todfeind, aber nur für Hitler und seine Clique.... - Ich wusste nicht, ob ich mit meinen Worten ins Bewusstsein der immer noch bewaffneten Garnison vordrang oder nicht. Zu viert standen wir im beleuchteten Quadrat des Kasernenhofs, sahen nur die ersten Reihen der deutschen Soldaten, alles andere versank im Halbdunkel, denn

# Erinnerungen waak hollen - Fortsetzung

es war ja inzwischen zwischen drei und vier Uhr morgens. - Wie würden sich die versteckten SS-Leute und Nazi-Fanatiker verhalten? Wird man meine Rede bis zum Ende anhören, oder wird man plötzlich mit einer MG-Salve antworten? - Außer uns vieren war zu diesem Zeitpunkt kein einziger Sowjetsoldat in der Stadt. Aber jeder von denen, die ich ansprach, wusste: vor Greifwalds Toren stand eine gewaltige Armee. Und es war natürlich diese Tatsache, die meinen Worten ihr besonderes Gewicht verlieh. Außerdem darf man nicht außer Acht lassen, dass der befehlshabende Kommandostab der Garnison aus Leuten bestand, die eine große Schule des Lebens durchlaufen hatten. Sie waren Teilnehmer schon des ersten Weltkrieges, und sie standen auf Seiten des Kommandanten der Garnison und unterstützten seinen Kapitulationsbeschluss. - ... Als ich fertig war, trat absolute Stille ein, als wäre keine Menschenseele auf dem weiten Platz. Weder Oberstleutnant Pomarenko noch ich wussten, was wir noch machen konnten, uns war nur klar, dass wir uns nicht das geringste Zeichen von Unsicherheit anmerken lassen durften. Und so fragte ich laut und vernehmlich den bei uns stehenden deutschen Oberstleutnant

ob alles klar sei. Der schlug die Hacken zusammen und antwortete „Jawoll!“ Dann drehte er sich zur Front um und kommandierte wie alltäglich: „Rührt euch! In die Kasernen weggetreten! Jeder Offizier steht für seine Kompanie. Waffen niederlegen!“ - Exakt, wie nach der Dienstvorschrift, rückten die Soldaten ab, nachdem sie die Waffen an einer Wand abgelegt hatten. Wie hatte doch Rudolf Petershagen gesagt? - „Man muss die Menschen und die Städte retten, und nicht die Trümmer des Dritten Reiches.“ Nach der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde im Rathaus fuhren wir mit Oberst Sineoki zu Petershagens Wohnung. - Nachdem wir die dienstlichen Dinge geregelt hatten, machten wir uns zum Weggehen fertig. Aber in dem Moment öffneten sich die Türen zum Esszimmer, und Petershagens Gattin Angelika lud uns mit einem Lächeln und fast feierlich zum Essen ein. Unsere Verwirrung dauerte nur einen kurzen Augenblick. Sineoki runzelte die Stirn und sagte zu mir: „Übersetzen Sie: sowjetische Offiziere setzen sich mit dem Feind nicht an einem Tisch!“ - Aber dann sagte er schon in einem anderen Ton: „Nein, nein, sagen Sie lieber, dass wir für die Einladung danken, dass wir aber

keine Minute Zeit haben.“ So verabschiedeten wir uns und gingen. - Unterwegs brummte Sineoki: „Er ist natürlich nicht unser Feind! - Aber ist er unser Freund? Hat gegen uns in Stalingrad gekämpft, hat das Ritterkreuz erhalten, und dann an einem Tisch? Nein, kann ich nicht!“ - Ich stimmte leidenschaftlich zu. .... - Und eines Tages schrieben wir den 30. April 1965. Mit General Sineoki gehörten wir zu den Ehrengästen des 20. Jahrestages der Befreiung Greifwalds. Seit 1945 waren wir das erste Mal wieder hier. Am Tage zwischen zwei offiziellen Veranstaltungen besuchten wir Petershagen. Es war in derselben, uns bekannten Wohnung. Wir sprachen über unser Leben, tauschten Erinnerungen aus, und analysierten das Vergangene. Dann war es Zeit zu gehen. Wir erhoben uns. Aber in diesem Moment öffneten sich wieder die Türen zum Esszimmer, und Frau Angelika Petershagen bat uns feierlich zu Tisch. Wir sahen uns an und lachten, die Hausherrin lächelte...<<.

*Kurt Kaiser (Fortsetzung folgt)*

## Aufruf zu einer Landesbasiskonferenz

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten,

große Herausforderungen stehen vor unserer Partei und damit vor uns allen, unter anderem die Kampagne „Das muss drin sein. Für ein Leben ohne Zumutungen“, die Umsetzung unseres Maßnahmeplanes gegen Kinderarmut, das Zurückdrängen rechtspopulistischer Auffassungen in der Bevölkerung, Wahlen auf kommunaler Ebene, auch die nächste Landtagswahl rückt näher.

**Vor mehr als einem Jahr beschloss der Landesparteitag das Kommunikationskonzept** des Landesverbandes mit dem Ziel, den Zusammenhalt der Partei, ihre Handlungsfähigkeit und ihr Wirken in die Gesellschaft zu verbessern. Was wurde dabei bisher erreicht? Muss das Konzept überarbeitet oder ergänzt werden?

In welchem Zusammenhang steht es mit den Aufgaben, die vom Parteivorstand im

Projekt Parteientwicklung formuliert und von unserer Landesvorsitzenden in ihrem Arbeitspapier vom April 2014 für MV präzisiert wurden?

Über diese Fragen wollen wir offen diskutieren auf einer Landesbasiskonferenz am **21. März 2015 von 10.00 bis 15.30 Uhr in der „Malzfabrik“, Börzower Weg 3 in Grevesmühlen.**

### Schwerpunkte der Diskussion:

1. Wie wurde das Kommunikationskonzept im Landesverband bisher umgesetzt, welche Schwachpunkte gibt es, wo muss es weiterentwickelt werden?
2. Welche Rolle muss die politische Weiterbildung in der innerparteilichen Kommunikation spielen?
3. Wie können wir die innerparteiliche Demokratie weiterentwickeln, dadurch

die Partei für neue und alte Mitglieder attraktiver machen und zu mehr politischer Aktivität anregen?

4. Was können wir tun, um mehr neue Mitglieder zu gewinnen und Mitglieder in der Partei zu halten?

Wir hoffen auf eine - wie auch in unseren letzten Basiskonferenzen - engagierte, kritische und interessante Diskussion mit Handlungsangeboten und Handlungsempfehlungen.

Die Schlussfolgerungen aus der Basiskonferenz sollen gegebenenfalls in Anträge an den nächsten Landesparteitag im November umgesetzt werden.

*Landesvorstand und LAG Innerparteiliche Kommunikation*



# Der Islamische Staat (IS)

*In den vergangenen zwölf Jahren – insbesondere als Ergebnis des Krieges gegen den Irak – ist der Nahe Osten ins Chaos gestürzt. In das Machtvakuum stieß u.a. der „Islamische Staat“ (IS). An dieser Stelle erklärt der Landtagsabgeordnete Dr. Hikmat al-Sabty die Hintergründe des Konfliktes und stellt Ansätze zur Konfliktlösung vor.*

Kurzer Hintergrund über die Strömungen im Islam:

**Schiiten** (10% aller Muslime in der Welt)  
*Glauben:* das rechtmäßige Oberhaupt der islamischen Gemeinde darf nur aus dem Kreis des Schwiegersohnes Mohameds (Ali, Ehemann der Prophetentochter Fatima) kommen.

Beheimatet in Iran und Irak.

**Sunniten** (90% aller Muslime in der Welt)  
*Glauben:* entsprechen dem Handeln des Mohameds, lehnen Ali ab und sprechen für die Bewahrung der Einheit des Islams (Umma).

Glaubensquelle: Koran und Sunna (Brauch)

## Radikalislamische Organisationen:

- Nusra-Front (Syrien)
- Armee des Islams (Syrien)
- Fath Al-Islam (Syrien)
- Ansar des Islamischen Staates (Algerien)
- Al-Qaida (Jemen, Irak, Afrika)
- Armee der Mudschahiddin (Syrien)
- Schabab-Miliz (Somalia)
- Boko-Haram (Mali, Nigeria)

## Gründung des IS:

Im Jahr 2004 wurde IS durch Bandar Ben Sultan (saudische Ex-Geheimdienstchef) als Ableger der Gruppe „Al-Qaida im Irak“ (AQI) mit Unterstützung der CIA, des britischen und israelischen Geheimdienstes gegründet. Im Jahr 2011 verschmilzt sich IS mit der Terrorgruppe „Nusra-Front“ im syrischen Bürgerkrieg. Er ist von Al-Qaida unabhängig und agiert selbständig. IS rekrutiert mehr als 31.000 Kämpfer aus 80 Ländern: Türken, Tschetschenien, Nordafrikaner (Tunesier, Algerier, Marokkaner) und Konvertiten aus den EU-Staaten. Durchschnittliches Monatsgehalt ist ca. 500 \$ (entspricht dem Monatsgehalt einer syrischen Familie).

Das Ziel des IS ist die Ausrufung eines sunnitischen „Kalifats“ zwischen Mittelmeer und Euphrat.

Im Jahr 2007 ist der selbsternannte Kalif

Al-Bagdadi mit mehreren Hundert der Al-Qaida Kämpfer aus dem in Bagdad von US-Soldaten bewachten Gefängnis auf mysteriöser Weise geflohen.

## **IS wird instrumentalisiert durch:**

- Die USA: um die Region zu destabilisieren (teile und herrsche).

- Die Syrische Regierung: um die Freie syrische Armee zu bekämpfen und die Opposition zu spalten.

- Jordanien: stellt seine Gebiete zur Ausbildung zur Verfügung. Verdient von den Verkäufen des gestohlenen syrischen Öls.

- Die irakische Demokratische Kurdische Partei (KDP): um die syrische sozialistische Partei der demokratischen Union (PYD), die der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) nahe steht, zu schwächen.

- Die Türkei: um Assad zu stürzen, die PKK zu bekämpfen, das Selbstverwaltungsgebiet Rojava zu zerstören und das Selbstbewusstsein der Kurden in der Türkei zu schwächen.

- Saudi-Arabien, Katar und die vereinte Arabische Emirate: um Chaos zu stiften.

## **IS finanziert sich durch:**

1. Die Besetzung von 350 Ölquellen im Irak und in Syrien.

2. Kunstraub: über 5000 Jahre alte Kulturstätten werden durch Bulldozer ausgegraben und ihre Kulturschätze geraubt

3. Entführungen

4. Menschenhandel

5. Steuern erheben: von den Christen, Landwirtschaft und von denjenigen, die nicht zum Freitagsgebet gehen

6. direkte finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien, Katar und die vereinte Arabische Emirate

## Vorbereitung und Durchführung des IS-Einfalls im Irak 10.06.2014:

Im April 2014 fand in Amman (Jordanien) ein geheimes Treffen statt, beteiligt waren:

CIA, britischer Geheimdienst, Vertreter der irakischen Kurden und General Raad Al-Hamdani (Saddam Husseins Vertrauter). Bedingung ist: IS soll die kurdischen Gebiete nicht erobern und Kerkuk (ölreiche Stadt) unter kurdischer Kontrolle bleiben.

## Folgen der US-Luftangriffe (seit 23.09.2014) auf IS in Irak und Syrien:

- Protestkundgebungen in vielen Orten, die im Herrschaftsbereich der Islamisten liegen.

- Stärkere Kooperation der Nusra-Front mit IS.

- Hunderte von Kämpfern und Anhängern aus anderen islamischen Gruppierungen laufen aus Solidarität zum IS über.

- Viele tote Zivilisten, darunter viele Kinder.

- Die Türkei verstärkt ihre Solidarität mit dem IS, da beide Sunniten sind.

Augenzeugen berichten, dass die Luftangriffe halbherzig sind und dass amerikanische Transportflugzeuge moderne Waffen an IS in der irakischen Westwüste abgeworfen haben. Aus diesem Grund hat sich die irakische Regierung bei der amerikanischen Regierung Mitte Januar 2015 beschwert.

## Forderungen:

- Die Rolle der Türkei muss durch die Bundesregierung als NATO-Partner aufgeklärt werden, die Unterstützung für IS durch die Türkei muss gestoppt werden.

- Die Unterstützung des IS durch Katar, Saudi-Arabien und die Golfstaaten muss durch die internationale Gemeinschaft gestoppt werden.

- Die Sanktionen gegen Syrien müssen aufgehoben werden.

- Verhandlungen unter Einbeziehung Iran, Russland, China und Assad müssen durch die internationale Gemeinschaft unterstützt werden.

- Keine Bundeswehreinheiten in der Kriegsregion in Syrien und Irak.

- Keine Intervention der westlichen Großmächte.

- Militärische Gewalt von außen ist kontraproduktiv.

- PKK-Verbot muss unverzüglich aufgehoben werden, weil die PKK Zivilisten, Yeziden, Christen im Nordirak und Syrien schützt.





# Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Di., 3.3.	18:00 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Mo., 9.3.	15:00 Uhr	Frauentagsfeier LRO	Bad Dob.	Kornhaus
Do., 12.3.	16:00 Uhr	"Neue Kriege - Neue Verantwortung" - Podiumsdiskussion mit MdB Sevim Dagdelen	Güstrow	Weinbergstr. 28, Haus d. Generationen
Di., 17.3.	18:30 Uhr	LRO-Kreisvorstand	Kritzkow	"Strike"
Do., 19.3.	14:30 Uhr	"PEGIDA, HOGESA, AfD - Die neue Rechte in D und MV" (Referent: Peter Ritter, MdL)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 21.3.	10-15 Uhr	Landesbasiskonferenz (siehe S. 13)	Grevesm.	Malzfabrik
Di., 24.3.	15:00 Uhr	IG EntRüstung	Rostock	Geschäftsstelle
Di., 24.3.	18:00 Uhr	Sitzung des HRO-Kreisvorstandes	Rostock	Geschäftsstelle
Mi., 1.4.	10-18 Uhr	Kolloquium der Rosa-Lux.-Stiftung: "Die Politische Wende 1989-92 an der Uni Rostock"	Rostock	Uni-Aula am Universitätsplatz
Sa., 11.4.	10-15 Uhr	Konferenz zur Kinder- und Jugendpolitik	Schwerin	Pankower Str. 1-3
Di., 14.4.	18:30 Uhr	LRO-Kreisvorstand	Graal-Mür.	
Mi., 15.4.	19:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: Buchvorstellung "Marxismus" mit Prof. Fülberth	Rostock	Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21
Fr., 17.4.	18:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung: "Das Kapital im 21. Jahrhundert" (Referent: Dr. Joachim Bischoff)	Lütten-Klein	MGH Danziger Str. 45d
Do., 23.4.	15:00 Uhr	Vortrag zu den vietnamesisch-deutschen Beziehungen (Eckhart Reschke)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 23.4.	16:00 Uhr	70. Jahrestag der Befreiung: Veranstaltung mit Hans Modrow	Güstrow	Großer Saal des Bürgerhauses
23.-26.4.		Zukunftskongress der LINKEN (siehe S. 11)	Berlin	noch offen!
Sa., 25.4.	N.N.	2. Tagung des 4. Parteitag HRO	Rostock	Waldemarhof
Do., 21.5.	15:00 Uhr	"Arbeit des Kreisverbandes und Vorschau auf das Wahljahr 2016" (Dr. Carsten Penzlin)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 2.7.	15:00 Uhr	"Von Kinder- und Altersarmut und zu Fragen der Inklusion - Soziale Probleme in Rostock" (Referentin: Margit Glasow, Mitgl. d. Bürgerschaft und Vors. des Sozialausschusses)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 27.8.	14:30 Uhr	"Linke Bildungspolitik in MV" (Referentin: Simone Oldenburg, MdL)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 24.9.	15:00 Uhr	Bericht über die Arbeit des Ortsbeirates Evershagen (H. Wullekopf und R. Orthmann)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Do., 29.10.	15:00 Uhr	"Die Rolle der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft" (Referent: Udo Wachtl)	Rostock-Evershag.	MGH Maxim-Gorki-Straße 52

## Einladung

Liebe Mitglieder der AG Seniorenpolitik HRO und der LAG MV!

Am Mittwoch, d. 18. März 2015 findet um 9.30 Uhr im Beratungsraum des Kreisvorstandes Rostock in der Kröpeliner Str 34 (Eingang Rungestraße) unsere nächste Beratung statt. Ihr und Interessierte Mitglieder und Sympathisanten aus dem Landkreis Rostock seid herzlich eingeladen.

### Tagesordnung

**TOP 1** - kurze Aussprache über die aktuelle politische Lage;

**TOP 2** - Gen. Wolfgang Schmidt berich-

tet über die Aufgaben der Seniorenarbeit entsprechend den Vorgaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren beim Parteivorstand. Der Gen. Spengler informiert über das Kooperationstreffen des Landesseniorenbeirates - MV.

**TOP 3** - Christa Labouvie vom Landesvorstand informiert uns über aktuelle Pläne des Landesvorstandes unserer Partei

**TOP 4** - Beratung über die Arbeitspläne der LAG und der AG Rostock - und Beschlussfassung.

Diskussion zu den einzelnen TOP.

*Karl-Ludwig Spengler  
Vorsitzender der LAG - MV und AG HRO der  
Seniorenpolitik*

### Explosive Wahrheit (von Jürgen Riedel)

Wäre Bundesrepublik demokratisch  
betrachtete sie nicht als Partner einen Staat  
mit den zwei größten  
vor Strafe supermachtgefeiten  
Kriegsverbrechern seit 1945:  
Atombomben-Truman Präsident Dabbelju  
Double des Teufels  
brachte Attentats-Maschinerie  
im Irak und anderswo auf Hochtouren  
für einen drachengroßen Zeitraum

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Ros-  
tock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34,  
18263 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig,  
Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:

Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Le-  
serbriefen müssen nicht mit denen der  
Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion  
behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

Frühling  
(von Janina Niemann-Rich)

Musik  
im Schneeglöckchentakt  
getanzt

Arachnophobie  
(von Janina Niemann-Rich)

die eigene Angst  
sich im Gedankennetz zu verfangen

Leben leben (von Janina Niemann-Rich)

in meinem Innenkopf  
zunächst ein leeres Blatt  
beschrieben regenbogenbunt  
durch mich



# Benefizveranstaltung im Rostocker Rathaus

Am 20.03. findet ab 18 Uhr in Festsaal und Foyer des Rostocker Rathauses unter dem Motto „Gutes für Rostock“ eine von Dorothee Barndt organisierte Charity-Veranstaltung mit schönem Abendprogramm statt. Es ist die dritte Wohltätigkeitsveranstaltung unserer Genossin Dorothee im Rathaus, das vom Oberbürgermeister entgeltlos zur Verfügung gestellt wird. Innerhalb zwei Jahren ist es die insgesamt 10. Benefizveranstaltung von Dorothee. Wie das Rathaus konnte sie auch mehrmals das Restaurant Casa Mia in Warnemünde nutzen, dann kam hinzu das Carlo 615 im Stadthafen.

Carsten Loll gibt Beistand, nun auch fürs Catering am 20.03., da er die umfangreichen ehrenamtlichen Tätigkeiten von Dorothee sehr achtet und schätzt. Weiterhin gab es Veranstaltungen im Verkehrsgarten, mehrere im Winkeltreff in Lütten Klein.

Nun sind am 20. März alle Gäste herzlich willkommen, ein vierteiliges Programm unter dem Motto „Tanz in den Frühling“ mit Catering zu genießen. Es treten ab 18 Uhr die „Perlen aus Groß Klein“ auf, danach gibt es zwei Musikblöcke mit Peter Müller und Robert de Lux, dem Alleinunterhalter und Sänger Horst Schilke, und schließlich mit dem Swing Cafe Rostock mit Christian Seyfert.

Eine Karte kostet nur 7,70 Euro. Abendkasse ab 17 Uhr, Kartenvorverkauf in der Buchhandlung im Doberaner Hof sowie am 3.3. nachmittags im Litfaß Warnowallee mit Dorothee auch direkt über sie möglich. Die Übergabe vom Erlös und Spenden erfolgt im Carlo 615 im Rahmen einer Feierstunde mit kleinem Musikprogramm, geplant gleich nach Ostern, Termin wird bekannt gegeben am Abend des 20.03. im Rathaus. Dreimal schon bekamen Unterstützung das Frauenhaus, Wohltat e.V. incl. Strohalmzeitung, Abteilung Mutter+Kind, krebsschwere Kinder über Caritas Rostock. Ebenfalls mehrmals unter-

stützt durch die Veranstaltungen wurde der Nachwuchs vom SV Warnemünde, der Winkeltreff, der Verkehrsgarten, der Klönsnack Verein Rostocker 7 besonders für Kinderprogramme. Somit ist jede Spende hilfreich und Dorothee bedankt sich auch für jeden Beistand bei Prof. W. Methling, Karl-Ludwig Spengler, Wolfgang Jürres, Holger Ahrens und Dietmar Karstädt. Aber auch bei Herrn Weber vom Rathaus sowie beim OB, bei den Stadtwerken Rostock, bei der Wiro, bei den Leitern der Aesculap- und Pinguin-Apotheke, bei Bäcker Kadatz und bei der RSAG, mit der es schon seit Jahren eine Zusammenarbeit gibt. Bedanken möchte sich Dorothee auch bei den Musikern Peter Müller, Robert de Lux und den Duos L.A. und Belcanto. Das stets tolle Programm trug viel zum guten Erlös bei. So ist auch diesmal die Teilnahme vieler Gäste erwünscht und vor allem hilfreich.

Im Rahmen eines musikalischen Programms konnte Dorothee Barndt in der VS-Begegnungsstätte Bremer Straße am 5.2. eine kleine Spende übergeben: den Inhalt der Spendenbox von der Veranstaltung im Carlo 615. Mit Freude konnte die Gruppe Plattspräker das Geld entgegennehmen, da diese Ende Februar 2015 ihr 50jähriges Jubiläum haben.



Dorothee Barndt & Karl-Ludwig Spengler



**Gewinner:** Theatermuffel und kleinkarierte Sparkommissare

**Verlierer:** Die Griechen. Sie leben in einem Staat, der nicht mehr souverän ist, in dem politische Entscheidungen durch ausländische Geldgeber und Sparkommissare, aber nicht durch demokratisch gewählte Politiker gefällt werden.

## Monatszitat

„Wie soll eine Kooperation von Sparten gehen, wenn es keine Sparten mehr gibt? [...] Das ist eine Mogelpackung. Das ist Verarsche der Zuschauer, der Wähler und natürlich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Volkstheaters.“ Sewan Latchinian, der ebenfalls verarschte Intendant des Volkstheaters

## Monatszahl

Der Forschungsbund SED-Staat fand mittels einer repräsentativen Umfrage heraus: 60 Prozent der Ostdeutschen und auch ein Drittel der Westdeutschen halten Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei.

Sind das die 29,1 %, die bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Wahlbezirk St. Pauli für die LINKE gestimmt haben?

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welcher Stadtteilverband ruft zu einer Willkommenskultur für Flüchtlinge auf?
2. Wo findet die Landesbasiskonferenz statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.04.2015**